

Laibacher Zeitung.



Nr. 233.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbfl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbfl. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbfl. fl. 7.50.

Donnerstag, 10. October

Insertionsgehalt bis 10 Zeilen: 2mal 60 kr., 3mal 80 kr., 5mal 1 fl., 10mal 1 fl. 50 kr., 20mal 2 fl., 30mal 2 fl. 50 kr., 40mal 3 fl., 50mal 3 fl. 50 kr., 60mal 4 fl., 70mal 4 fl. 50 kr., 80mal 5 fl., 90mal 5 fl. 50 kr., 100mal 6 fl.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. October d. J. den Regierungsrath Dr. August Schilling zum provisorischen Kanzleidirector Allerhöchstihres Oberstkämmerer-ambtes und den pensionirten Hauptmann Eugen Hantzen Ritter v. Rudnik zum Hofconcipisten bei diesem Obersthofamte mit Vorbehalt des Rücktrittes in die Armee allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. September d. J. die Errichtung eines unbefoldeten Consulates in Lüttich allergnädigst zu genehmigen und den Handelsmann Joseph Wegasse zum Honorarconsul daselbst mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Consulargebühren huldreichst zu ernennen geruht.

Das Finanzministerium hat die bei der Landeshauptkasse in Triest erledigte Zahlmeistersstelle dem Controllor der Landeshauptkasse in Brünn Johann Zerkalla verliehen.

Die königl. croatisch-slavonische Hofkanzlei hat den bisherigen Hofconceptsadjuncten erster Classe Johann Zivonovic zum wirklichen Hofconcipisten, den Hofconceptsadjuncten zweiter Classe Sigismund von Zaguzic zum Hofconceptsadjuncten erster Classe und den Conceptspracticanten beim croatisch-slavonischen Statthaltereiathe in Agram Adolph v. Walter zum Hofconceptsadjuncten zweiter Classe bei derselben Hofstelle ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 9. October.

Die aufregenden Gerüchte von einer Ministerkrise und der Demission des Reichskanzlers Freiherrn v. Beust sind durch die eigene Erklärung des Reichskanzlers in der Sitzung des Verfassungsausschusses widerlegt worden. Man athmet beruhigt auf, und es muß der öffentlichen Meinung noch eine größere Beruhigung durch die von der „Debatte“ verbürgte Thatsache zu Theil werden, daß nämlich das Ministerium, in ganz constitutioneller Weise und entsprechend dem Minister-Verantwortlichkeitsgesetze, von Sr. Majestät dem Kaiser beauftragt wurde, die Adresse der Bischöfe zu beraten und über dieselbe Bericht zu erstatten. Wenn also der diesleitliche Episcopat sich der Hoffnung hingab, durch seine Adresse an den Kaiser eine Umgehung der jetzigen Regierung zu Stande zu bringen, so ist in dieser Beziehung sein Versuch schon als gescheitert zu betrachten, Dank der constitutionellen Bestimmung Sr. Majestät des Kaisers.

Allein nicht der einzige Stoff zur Beunruhigung der Gemüther liegt in der religiösen Frage, man wirst dem Reichsrathe, zu dem die Böcker Oesterreichs hoffend ansblicken, vor, dieser Hoffnung nicht gerecht zu werden, seine Zeit mit constitutionellen Theorien zu verträdeln und die kostbarste Zeit zur Erfüllung seiner wichtigsten Aufgaben ungenüht verstreichen zu lassen. Ein Wiener Blatt geht weiter, es formulirt seine Vorwürfe näher dahin, das Abgeordnetenhaus wolle den Freiherrn v. Beust als Werkzeug gebrauchen, um den Widerstand gegen die Wünsche des Abgeordnetenhauses aus dem Wege zu räumen. Statt ihm aber diese Aufgabe zu erleichtern, habe das Abgeordnetenhaus seinerzeit sich geweigert, an der Bildung eines parlamentarischen Ministeriums theilzunehmen, ja es gehe noch weiter, statt den Ausgleich, die Basis des jetzigen Systems, auf schnellste ins Leben zu führen, belade es ihn mit der ganzen Wucht des Concordates und einer Alles umfassenden Revision der Verfassung.

Daß die Revision des Concordates nöthig sei, wird und kann niemand in Zweifel stellen, und nichts hat mehr dazu beigetragen, diese Nöthigung in das richtige Licht zu setzen, als die Adresse des Episcopats, die ja auch den Bestrebungen der Regierung einige nicht gering zu achtende Blöcke in den Weg wirft. Und daß die Verfassung ein wahrer Hort aller constitutionellen Garantien und freiherrlichen Rechte werden soll, wird auch niemand bestreiten können, der von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß Oesterreich nur unter dem Walten des echten und rechten Constitutionalismus wieder er-

starken kann. In Berücksichtigung der thatfächlichen Verhältnisse ist aber weise Beschränkung dringend geboten, weil nur sie allein die Kräfte nicht ermüden läßt, lange bevor noch das Ziel erreicht worden ist. Der wirkliche Politiker muß mit den Thatsachen rechnen und er darf nicht in jedem gegebenen Momente Alles verwirklichen wollen, was die Theorie glänzend erdachte und was sich vielleicht auch später und unter geänderten Verhältnissen in der Praxis trefflich bewähren dürfte.

Welchen wirklichen Nutzen kann es der Entwicklung unserer Zustände bringen, wenn man heute schon Verfassungsänderungen anstrebt und von ihnen den Ausgleich abhängig macht, die nicht auf die Zustimmung des Herrenhauses rechnen können?

Die Zeit drängt und auch die Situation ist nicht darnach angethan, sofort alle Blüthenträume zur Reife bringen zu wollen. Mit der Rückkehr zu den Thatsachen ist auch sofort die Aussicht auf eine erspriessliche Wirksamkeit des Reichsrathes gegeben.

Diese Thatsachen sind der Ausgleich mit Ungarn und die von der Regierung eingebrachte Vorlage zur Revision des Grundgesetzes. Mit dem Abschlusse des Ausgleichswerkes ist die Basis für das Reich geschaffen, und hier darf nicht mehr gezögert werden, weil es doch einen gar zu eigenthümlichen Eindruck machen müßte, wenn Ungarn schon in einigen Wochen eine Delegation gebildet haben wird, während wir uns noch mit allem Behagen in den Gesilden constitutioneller Theorien ergehen! Mit dem Regierungsentwurfe bezüglich der Revision des Grundgesetzes wird aber die Basis für die künftige politische Entwicklung der diesleitlichen Hälfte des Reiches geschaffen. Wohl enthält der Entwurf noch nicht in voller Blüthe alles, was Geist und Herz eines Constitutionellen befriedigen kann, aber er enthält die Keime zu all' diesen Blüthen und zeichnet sich überdies noch dadurch aus, daß er den Thatsachen keine allzu große Gewalt anthut. Die Regierung wird gewiß nicht anstehen, berechtigten Wünschen, die schon jetzt verwirklicht werden können, die Gewährung zu Theil werden zu lassen, wie sie auch in der Frage des Concordates sich nicht von der Majorität des Abgeordnetenhauses trennen wird, wenn letztere ihrerseits die Lage, in welcher sich die Regierung befindet, zu würdigen weiß.

Schlägt die Majorität den hier angedeuteten Weg ein, dann wird das Reich erstarken und die Freiheit wird eine unumstößliche Wahrheit werden, der selbst die verzweifeltsten Machinationen der „Dunkelmänner“ nichts werden anhaben können. Auf einem anderen Wege vermögen wir aber kein Heil, weder für das Reich, noch für die Freiheit zu sehen, und alle anderen Wege könnten schließlich dahin führen, wo heute schon drohend und gespensterhaft die Adresse des Episcopates steht.

32. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 8. October.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freih. v. Beust, Freiherr v. Becke, Graf Taaffe, Ritter v. Hye. Auf der Bank der Regierungsvorläufer: Oberst-Auditor Zatlaukal. Präsident Dr. Giska eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 55 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Das k. k. Justizministerium legt in einer Zuschrift zwei Regierungsvorlagen vor, betreffend die Amortisirung der von Privaten ausgegebenen Papiere und die Aufhebung der Amortisirungsvorschriften für Talons. (Dieselben befinden sich im Drucke.)

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Sr. Excellenz Reichskanzler Freiherr v. Beust: Ich habe die Ehre drei Gesetzesvorlagen dem h. Hause zu unterbreiten, erstlich ein Gesetz die Beitragsleistung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu den gemeinsamen Angelegenheiten betreffend, alsdann ein Gesetz in Betreff der allgemeinen Staatsschuld und endlich ein Gesetz über den Abschluß des Zoll- und Handelsbündnisses zwischen den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen Krone.

Präsident wird die Regierungsvorlage in Druck legen lassen und auf die morgige Sitzung zur ersten Lesung stellen.

Dr. Groß (Wels): Es sind zahlreiche Petitionen betrefis der Ehegesetzgebung, der interconfectionellen An-

gelegenheit und der Trennung der Schule von der Kirche eingelaufen und dem confectionellen Ausschusse zugewiesen worden. Angesichts der jüngsten Ereignisse lasse es sich nicht leugnen, daß die Angelegenheit dringend geworden; er stelle deshalb an den Obmann des confectionellen Ausschusses die Frage, wie weit die Arbeiten desselben gediehen seien?

Dr. Rechbauer, Obmann des confectionellen Ausschusses, gibt Aufklärungen über die bisherige Thätigkeit des Ausschusses (welche aus dem veröffentlichten Berichte bekannt sind). Er habe die Ehre anzuzeigen, daß das Schulgesetz fertig sei und in den nächsten Tagen vorgelegt werden würde. Auch der Ehegesetzentwurf und der Entwurf, betreffend die interconfectionellen Angelegenheiten, seien in Berathung und werden ebenfalls baldigt vollendet und vorgelegt werden. Der Ausschuss habe aber die Ueberzeugung gewonnen, daß eine Novelle zur Ehegesetzgebung nicht genüge und werde deshalb ein vollkommenes neues Ehegesetz vorlegen.

Bezüglich des interconfectionellen Gesetzes habe der Ausschuss, nachdem der Cultusminister erklärte, daß die darüber eingeleiteten Verhandlungen mehrere Monate dauern würden, beschlossen, dasselbe zu Ende zu beraten und selbst vorzulegen. Was die Petitionen betrifft, so sei der Ausschuss bereit, dieselben einer separaten Behandlung und Berichterstattung zu unterziehen, wenn das Haus diesen Wunsch ausspricht. Der Ausschuss habe den in der Adresse bezeichneten Weg eingeschlagen und hoffe im Wege der Gesetzgebung die lähmenden Fesseln des Concordates zu brechen. (Bravo.)

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Dr. Waser berichtet über die zu dem Staatsgrundgesetze betreffend die richterliche Gewalt in der letzten Sitzung gestellten Anträge und schlägt vor, § 13 dieses Gesetzes habe zu lauten: „Die Regelung des Rechtes, daß wegen einer strafbaren Handlung das Strafverfahren nicht eingeleitet oder das eingeleitete eingestellt werde, bleibt den Vorschriften der Strafproceßordnung vorbehalten.“

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Der Antrag des Dr. Mühlfeld, am Schlusse des Gesetzes einen Paragraph aufzunehmen, welcher bestimmt, daß eine Aenderung dieses Staatsgrundgesetzes nur mit Zweidrittelmajorität zulässig sei, wird über Antrag des Ausschusses abgelehnt.

Dr. Waser verliest hierauf den Bericht des Verfassungsausschusses über den Entwurf des Staatsgrundgesetzes betreffend die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt.

Eine Generaldebatte findet nicht statt, da sich niemand zum Wort meldet.

Zu der darauffolgenden Specialdebatte werden die elf Artikel des Gesetzes ohne Debatte (mit demselben Stimmenverhältnis wie das Gesetz über die richterliche Gewalt) angenommen.

Das Gesetz lautet wörtlich wie der in der Nr. 216 vom 20. September aufgenommene Entwurf, bis auf den neu eingeschalteten Artikel 8: Die Kundmachung der Gesetze erfolgt im Namen des Kaisers mit Berufung auf die Zustimmung der verfassungsmäßigen Vertretungskörper und unter Mitfertigung eines verantwortlichen Ministers.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Verfassungsausschusses über den Entwurf des Staatsgrundgesetzes betreffend die Einsetzung eines Reichsgerichtes.

Berichterstatter Dr. Kremer verliest den gedruckten Bericht.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien, 7. October. (Vom Verfassungsausschusse.) Ueber die zweite Alinea des § 13 entspann sich eine längere Debatte, an welcher sich auch Sr. Excellenz der Herr Reichskanzler betheiligte. Er äußerte sich dahin, daß man wohl thun würde, sich Rechenschaft zu geben von allfällig eintretenden Eventualitäten. Er machte auch hier auf den großen Unterschied aufmerksam, ob es sich handle um eine Vermehrung der bestehenden Ausgaben, wobei es selbstverständlich sei, daß dies ohne Zustimmung der beiden Häuser nicht geschehen könne, oder ob es in das unbeschränkte Ermessen, und nicht bloß des Abgeordnetenhauses, sondern der beiden Häuser gestellt sei, einen sehr bedeutenden Theil des Budgets abzuföhren und dadurch Verlegenheiten herbeizuföhren, die allerdings von sehr be-

denklichen Folgen sein könnten. Abg. Herbst entgegnete ihm und behauptet, daß gerade diese Bestimmung die Möglichkeit biete, überhaupt ein Finanzgesetz zu Stande zu bringen, während nach dem früheren Gesetze auf das Abgeordnetenhaus stets eine Preßion dadurch ausgeübt wurde, daß, wenn die Uebereinstimmung beider Häuser auch nur in einem Punkte fehlte, ein Finanzgesetz nicht zu Stande kam. Diesem Umstande sei es zuzuschreiben, daß trotz aller Bemühungen des Abgeordnetenhauses während der früheren Reichsrathsperiode um 300 Millionen mehr ausgegeben als eingenommen wurden, denn die Bestrebungen des Abgeordnetenhauses nach Ersparungen scheiterten stets an dem Widerspruche des Herrenhauses. Letzteres befände sich übrigens für die Zukunft in der ganz gleichen Lage wie das Abgeordnetenhaus, denn wenn es einmal größere Ersparungen beantragen sollte, als das Abgeordnetenhaus, so würde durch die beantragte Fassung des § 13 seinen Intentionen Rechnung getragen, während dem Luxus des Abgeordnetenhauses Schranken gesetzt würden. Söhin wurde § 13 nach dem Antrage des Subcomité angenommen. Desgleichen § 14, welcher ohnehin gleichlautend ist mit dem erst neuer modificirten § 13 des Februarpatentes. Ueber § 15 (daß zur Gültigkeit eines Beschlusses in jedem Hause die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend sein müsse) entstand eine Debatte, indem es mehrseits nicht angemessen gefunden wurde, dem Herrenhause durch die Bestimmung dieses Paragraphes zu präjudiciren und in Betreff dessen die zur Beschlußfassung erforderliche Anzahl der Mitglieder zu bestimmen. Schließlich wurde der Antrag des Abg. Simonowicz angenommen, wonach die Anzahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses zum Behufe der Beschlußfähigkeit auf 100 und jene des Herrenhauses auf 40 festgesetzt wurde. Bei dem zweiten Alinea des § 15 beantragte Ziemialkowski, daß hier nur für Aenderungen in diesem Grundgesetze über die Reichsvertretung, nicht aber auch für Aenderungen in den übrigen Staatsgrundgesetzen über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über die Einsetzung eines Reichsgesetzes, über die gesetzliche Gewalt und über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt eine Zweidrittelmajorität für nothwendig erklärt werden solle; es hätte daher dieses Alinea zu lauten: „Aenderungen in diesem Grundgesetze können nur mit einer Mehrheit von wenigstens zwei Dritteln der Stimmen beschloffen werden.“ Zur Begründung dieses Antrages wurde von dem Redner geltend gemacht, daß man diese Bestimmung auf die Staatsgrundgesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über die Einsetzung des Reichsgerichtes, über die richterliche und Vollzugsgewalt noch nicht ausdehnen könne, weil diese Gesetze noch nicht existiren und es immer noch möglich ist, daß sie gar nicht zu Stande kommen. Dagegen wurde bemerkt, daß sich das Abgeordnetenhaus bei Verathung eines Gesetzes nicht darum zu kümmern habe, ob es vom andern Hause angenommen und vom Kaiser sanctionirt werden wird, sondern es muß von der Voraussetzung ausgehen, daß das von ihm berathene Gesetz auch Gesetz werde. Das Alinea wird hierauf nach dem Antrage des Subcomité angenommen. Bei § 16 beantragt der Berichterstatter, daß die Bestimmung über die Immunität nicht auch auf die Mitglieder der Landtage ausgedehnt werden solle, indem dies nicht in den Wirkungskreis des Reichsrathes gehöre, und sohin wurde § 16 mit dieser Einschränkung angenommen. § 17 und 18 wurden unverändert angenommen. Zu § 19 stellte Rechbauer den Antrag: Im Falle der Auflösung ist binnen drei Monaten eine Neuwahl des Abgeordnetenhauses im Sinne des § 7 vorzunehmen und hat die Einberufung der neugewählten Abgeordneten innerhalb vier Monaten vom Tage der Auflösung zu erfolgen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und der § 19 in der Fassung des Subcomité angenommen. Desgleichen § 20. Bei § 21 wurden die ersten Worte „Der Reichsrath“ dahin abgeändert, daß es lauten solle: „Jedes der beiden Häuser des Reichsraths.“ Abg. Korb beantragt, daß der zweite Theil dieses Paragraphes, wonach dem Reichsrathe auch das Recht, zur Untersuchung der Thatfache Commissionen zu ernennen, zustehen solle, wegzulassen sei. Se. Excellenz Minister Graf Taaffe bemerkt, daß dieser Paragraph einen Eingriff in die Executive enthalte und die Kraft der Regierung schwäche, indem mittelst desselben fortwährend Untersuchungscommissionen gegenüber der Regierung aufgestellt werden sollen. Es wäre daher jedenfalls aus dem Paragraphen der Passus: „zur Untersuchung der Thatfachen zu ernennen“ zu streichen, indem dieser Ausdruck auf eine Controle, auf Untersuchungscommissionen, die hier durchaus nicht am Plage sein dürften, hinweist, wodurch die Regierung nur geschwächt würde, und da auch schon im h. Hause zu wiederholten malen bemerkt worden sei, daß eine starke Regierung gewünscht werde, so müsse man sie nicht in jeder Beziehung einengen wollen. Schließlich wird derselbe mit Hinweglassung der Worte „zur Untersuchung der Thatfachen“ nach dem Antrage des Subcomité angenommen. Ebenso wurden die §§ 22 und 23, letzterer mit Hinweglassung der Worte „den Geschäftsgang“ nach dem Antrage des Subcomité angenommen und die im Nachhange angeführten Uebergangsbestimmungen entfallen als überflüssig, zumal eine Vermehrung der Abgeordneten nicht beschloffen wurde.

In der Sitzung des Straßengesetzesausschusses am 4. d., welcher auch der Justizminister Ritter v. Hye

beiwohnte, gelangte die in der letzten Sitzung des Hauses eingebrachte Regierungsvorlage betreffs der Behandlung des Straßengesetzesentwurfes nach dem Gesetze vom 30. Juli 1867 vorgezeichneten Verfahren zur Verathung und wurde über Antrag des Abg. Dr. v. Mühlfeld einhellig beschloffen, dem Hause den Antrag zu stellen, daß es dieser Regierungsvorlage seine Zustimmung ertheile und beschließen wolle, daß auch der von der Regierung zur Vorlage zugesicherte Entwurf einer Straßproceßordnung, sobald er an das Haus gelangt sein wird, demselben zu unterziehen sei, wonach dieser Beschluß an das Herrenhaus zu leiten und die Sanction des Kaisers einzuholen ist. Ferner wolle das Abgeordnetenhaus beschließen, daß der in der Verathung des Straßengesetzesentwurfes bereits thätige Ausschuß mit Beziehung auf § 3 des Gesetzes vom 30. Juli 1867 mit der Verathung desselben beauftragt bleibe und auch zur Vorberathung des zu erwartenden Entwurfes der Straßproceßordnung bestimmt werde; jedoch sei derselbe um sechs Mitglieder durch Wahl aus dem Hause, u. z. schon jetzt zu verstärken. Endlich wolle das h. Haus beschließen, daß dieser Ausschuß nach § 11 des erwähnten Gesetzes vom 30. Juli 1867 auch nach Schließung der Session und während einer allfälligen Vertagung des Reichsrathes in Thätigkeit zu bleiben habe, zu welchem Beschlusse ebenfalls die Zustimmung des anderen Hauses und die Sanction des Kaisers eingeholt werden wolle.

7. October. (Die Generalvollmacht des Cardinals Rauscher.) Die „Wr. Abdpst.“ schreibt: Den mehrfachen Ungenauigkeiten gegenüber, mit welchen eine zwischen dem Obmann des confessionellen Ausschusses und dem interimistischen Cultusminister vor einigen Tagen stattgefundene Unterredung in verschiedenen Tagesblättern wiedergegeben wurde, kommt uns von kompetenter Seite folgende Mittheilung des wahren Sachverhaltes zu: Der Cultusminister hat dem Herrn Obmann auf dessen Frage: „ob die Regierung ihre in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Juli in Aussicht gestellte Regierungsvorlage eines interconfessionellen Gesetzes alsbald einbringen werde?“ mündlich und keineswegs, wie ein Blatt unrichtig mittheilte, mittelst eines Schreibens erwidert, daß im Schoße der Regierung allerdings ein solcher Gesetzesentwurf schon ausgearbeitet und durchberathen sei, daß man sich aber aus den Acten des Cultusministeriums so wie aus einer mit dem Cardinal Rauscher als bevollmächtigten Unterhändler und unmittelbaren Contrahenten des Concordates gepflogenen Rücksprache überzeugt habe, daß der beabsichtigte Gesetzesentwurf, insbesondere in zwei Punkten in Betreff der gemischten Ehen, in Widerspruch stehe mit Zusagen, welche diesfalls der genannte Herr Cardinal beim Abschlusse des Concordates im Namen der kaiserlichen Regierung dem heiligen Stuhle gegeben hat. Da nun der genannte Cardinal diese Zusagen in Folge der ihm damals zum Behufe des Abschlusses des Concordates ertheilten Vollmacht im Namen der kaiserlichen Regierung abgegeben hat und abzugeben auch ermächtigt war, so müsse das Ministerium diese Zusagen auch als bindend für die kaiserliche Regierung ansehen und sie habe daher, im Einklange mit ihrer am 20. Juli abgegebenen Erklärung, rüchichtlich dieser beiden Punkte vorläufig noch die Einleitung von Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle beschloffen, welche jedoch vermöge der in den Zeitungen richtig angegebenen Hindernisse nicht vor dem Monate November stattfinden können. Hiernach bedarf es kaum noch einer Bemerkung darüber, daß die in mehreren Blättern vorkommende Auffassung, als ob die dem genannten Herrn Cardinal damals (im Jahre 1855) ertheilte Vollmacht derzeit nach irgend einer Richtung hin noch in Wirksamkeit bestehe, völlig unbegründet ist.

(Die Rechtssection des Wiener Gemeinderathes) hat in ihrer Sitzung vom 7. d. M. die von Dr. Granitsch verfaßte Adresse gegen die Bischöfe mit einigen verschärfenden Modificationen angenommen. Der Vorschlag der Section geht dahin, daß die Adresse durch das Präsidium und drei Gemeinderäthe dem Kaiser überreicht werden möge. Die Annahme erfolgte einstimmig, auch die in der Rechtssection ziemlich dicht gesäeten conservativen Elemente stimmten für dieselbe.

Marburg, 8. October. (Concordat.) In der heutigen außerordentlichen Sitzung des fast vollzähligen Gemeindeausschusses wurde einstimmig beschloffen, eine Petition um Aufhebung des Concordates an den Reichsrath zu richten.

Zinsbruck, 4. October. (Verhaftung italienischer Officiere.) Wir haben bereits die Verhaftung italienischer Generalstabsofficiere gemeldet. Gleich die ersten Ergebnisse der gegen dieselben angestellten Untersuchung ließen keinen Zweifel über die Sendung, mit der sie in unsere Thäler gekommen. Man fand nämlich bei ihnen die eingehendsten Instruktionen, die ihnen die Florentiner Regierung auf den Weg gegeben und durch die sie angewiesen waren, Terrainstudien zu machen und alle politisch-strategisch wichtigen Landesverhältnisse unmittelbar an Ort und Stelle zu erheben. Zu diesem Zwecke ist nach diesen Instruktionen das Land Tirol südlich vom Brenner in vier Sectionen getheilt, deren jede einer eigenen Commission unter der Leitung eines Generalstabsofficiers zur Ausspähung zugewiesen war. Drei dieser in den Instruktionen namentlich aufgeführten Spionenchefs sind nun bereits in die Hände der Behörden gefallen. Einer derselben, ein Major im italienischen

Generalstab, wurde zu Grigno in Bassugana, ungefähr eine Stunde von der Grenze Venetiens, der zweite, ein Hauptmann, in der Nähe der Franzensveste bei Brizen am Eisack und der dritte gar bei Sterzing am Fuße des Brenners aufgegriffen. Alle waren mit den besten Karten und zweckdienlichen Werken versehen, hatten auch schon wichtige Ergänzungen und Berichtigungen zu ihren Karten gezeichnet und schriftliche Schilderungen der ausgespähten Gegenden angelegt, als die Behörde ihrer gefährlichen Arbeit ein Ende machte. Jetzt befinden sich alle drei in der Frohnveste zu Zinsbruck, wo ihnen nach dem Gesetze der Proceß gemacht wird. Es ist eine natürliche Gedankenverbindung, wenn man an die während des vergangenen Sommers wiederholt als auffallend bezeichnete Anwesenheit so vieler preußischen Officiere in Tirol erinnert, und dem monatlangen Aufenthalt des Generals Mantuffel in Rißbüchel oder den „Landschaftszeichnungen“ eines preußischen Officiers im Walsertal eine weniger harmlose Bedeutung als die einer Baderkur und eines unschuldigen Naturgenusses beilegt.

Wetz, 7. October. (Die Generalcongregation des Pester Comitats) beschloß heute eine Repräsentation an den Justizminister des Inhaltes, daß sie das ablehnende Verhalten der Particularcongregation bezüglich der Confiscation der Zeitungen billigt.

Rusland.

(Zu den Unterhandlungen zwischen der preußischen Krone und dem König Georg von Hannover) schreibt man der „Schw. Corr.“ aus Berlin, 5. October: So viel ich höre, haben die Unterhandlungen wegen der Vermögensauseinanderetzung mit der hannoverschen Königsfamilie bis jetzt zwar zu dem Abschluß einer Punctation geführt, doch steht die Ratification derselben von Seite des Königs Georg noch aus. Man glaubt hier jedoch, sie von Stunde zu Stunde bestimmt erwarten zu dürfen. Die Punctation enthält keine Anerkennung der Annexion, im Gegentheil wird darin ausdrücklich ausgesprochen, daß Se. Majestät der König Georg für sich und seine Erben auf die Krone Hannover nicht verzichtet hat und der Abschluß der finanziellen Auseinanderetzung sonach ohne Präjudiz für alle übrigen zwischen den vertragsschließenden Theilen schwebenden Fragen geschicht.

München, 8. October. (Kammersitzung. — Ulm. — Die Zollvereinsfrage.) Nach der Vorlage des Zollvereinsvertrags übergibt der Handelsminister die Gesetzesentwürfe über die Erhebung der Salzabgabe und die Zollparlamentswahlen. Sodann erfolgt die Erklärung des Fürsten Hohenlohe. — Die Verhandlungen über die zukünftigen Verhältnisse der Festung Ulm werden am 14. October beginnen. — Die „Süddeutsche Presse“ entwickelt im Leitartikel über die Zollvereinsfrage die Ansicht, daß die wirtschaftliche Thätigkeit Deutschlands vom Norden viel weniger abhängig sei, als die wirtschaftlichen Interessen des Nordens von jenen des Südens; sie führt die zukünftigen wirtschaftlichen Ausichten der süddeutschen Staaten aus und spricht die Ueberzeugung aus, daß, wie der Untergang des deutschen Bundes der Entstehung eines europäischen Bundes den Weg bahne, der Untergang des Zollvereins nur die Entstehung eines europäischen Zollvereins beschleunigen könne.

Florenz, 6. October. (Die Insurrection. — Garibaldi.) Wie man der „G. di Venezia“ schreibt, habe sich fast das ganze cygaribaldische Officierscorps in Bewegung gesetzt und auf den Schauplatz der Insurrection gegeben. Zur Herbeischaffung von Waffen und Geld haben sich hier, in Pisa, Siena, Pistoia, Livorno u. s. w. Comitès gebildet, die sehr eifrig ans Werk gehen. Der Correspondent fügt bei, und zwar mit aller Bestimmtheit, Preußen habe Waffen und Geld angeboten, aber weder Garibaldi, noch seine Anhänger seien darauf eingegangen, aus Besorgniß, daß die Insurrection dadurch in ein falsches Licht komme und von der preußischen Regierung gegen Frankreich ausgebeutet werde. — „Risorma“ sagt, an der Spitze der Insurgenten im Römischen stehe Oberst Azanesi; auch längs der Abruzzengrenze, so wie gegen Umbrien hin seien Guerrillas thätig. In der Provinz Belletri haben sich ebenfalls mehrere Banden gebildet. — 7. Die „Opin.“ widerspricht der Nachricht, daß die amerikanische Gesandtschaft gegen die Verhaftung Garibaldi's protestirt habe; sie habe sich bloß beim Conseilpräsidenten wegen einer besseren Behandlung des Generals verwendet, sei aber auch davon abgestanden, als sie erfahren, daß Garibaldi in Alessandria nicht nur mit aller Rücksicht behandelt, sondern auch gleich nach Caprera gebracht worden. Es bestätigt sich, daß die Zuaven Bagnorea wieder besetzt haben.

Rom, 5. October. (Verhaftungen — Zusammenstöße mit den Insurgenten.) Der „Opin.“ wird geschrieben, daß zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden und die Aufregung zunimmt. Die Regierung habe bereits einen großen Theil der jungen Leute ausgewiesen, jetzt will sie den Rest in das Gefängniß stecken oder wegschicken, um die Stadt desto leichter durch die Zuaven im Zaume halten zu können. — Das „G. di Roma“ meldet, die Truppenabtheilung, welche gegen Bagnorea geschickt worden, habe in der Umgegend dieser Stadt eine Reconnoissance gemacht, wobei

sie von einer überlegenen Anzahl Garibaldianer angegriffen worden sei. Nach langem Kampfe, in dem 15 der letzteren geblieben, habe sie sich in guter Ordnung gegen Montefiascone zurückgezogen. In zwei anderen Gefechten, die ebenfalls vorgestern stattfanden, bei Ischia und Valentano, zogen die Garibaldianer den Kürzeren. Von Fara, in der Provinz Rieti, her habe eine neue Bande die Grenze überschritten, die der Anführer der dortigen Nationalgarde befehligte und die mit Gewehren derselben bewaffnet war. Sie wurde bei Moricone von den Truppen zurückgeschlagen. Von Toscana her rüsteten sich neue, zahlreiche Schaa ren Garibaldianer zum Angriff auf Acquapendente. Das „G. die Roma“ knüpft daran bittere Bemerkungen über die Art und Weise, wie die Grenze bewacht wird und deutet auf ein Einverständnis hin, welches darauf abziele, sich der zahlreichen Müßiggänger und Rothhemden zu entledigen, die etwas unbecquem geworden, gleichzeitig aber die Usurpirung des Nestes der römischen Staaten vorzubereiten.

Rom, 7. October. (Die Insurgenten.) Eine Bande von 600 Mann, wie man behauptet, von einem Sohne Garibaldi's angeführt, wird sofort angegriffen werden. Andere Banden wurden überall zurückgeworfen; die päpstlichen Truppen sind voll Enthusiasmus.

Paris. (Achille Fould.) Der Telegraph berichtet aus Paris, daß der ehemalige Finanzminister Achille Fould am 5. d. plötzlich in seiner Villa bei Tarbes gestorben ist. Mit Fould wird wieder eine der Capacitäten des Kaiserreiches zu Grabe getragen. Fould wurde am 31. October 1800 als der Sohn eines reichen israelitischen Bankiers in Paris geboren. Mit seinem älteren Bruder Benedict übernahm er die Leitung des weltbekannten Pariser Bankierhauses Fould, Deypenheim und Comp., dessen Associé er blieb, bis er nach dem Staatsstreich zum ersten male das Finanzministerium übernahm. Schon neun Jahre früher war er für Tarbes in die Deputirtenkammer gewählt worden. Er behielt indessen das Portefeuille nur einige Tage, da er in Folge des Decretes, welches die Confiscation der Güter der Familie Orleans aussprach, seine Entlassung einreichte. Im November 1861 wurde er zurückgerufen, um die zerrütteten Finanzen zu reformiren. Eine Maßregel, die großen Erfolg hatte, stammt von ihm — nämlich die, bei der Aufnahme von Anleihen die Vermittlung des Bankiers zu umgehen und sich direct an das Publicum zu wenden.

Madrid, 7. October. (Ministerielles Circular.) Der Staatsminister richtete an die auswärtigen Vertreter Spaniens ein Circular, worin er sich zur raschen Unterdrückung des Aufstandes Glück wünscht und die von den Insurgenten verteidigten gefährlichen Grundsätze auseinandersetzt. Er sagt, die Bewegung sei groß und furchtbar gewesen, aber durch die Treue des Heeres unterdrückt worden, so wie durch die Haltung der Bevölkerung und die Großmuth der Königin. Am Schlusse heißt es, die auswärtige Presse habe die Revolution gefördert und entstelle jetzt die Thatsachen, um sie zu rechtfertigen; der Staatsminister fordert die Vertreter auf, die Wahrheit bekannt zu machen.

Kopenhagen, 7. October. (Der Reichstag) wurde heute ohne Thronrede eröffnet. Das Landsting wählte Bruun zum Präsidenten, Haffner und Madvig zu Vicepräsidenten. Im Folkething wurde Bregendahl zum Präsidenten, Fenger und Carlsen zu Vicepräsidenten gewählt.

Kairo, 7. October. (Die ägyptischen Truppen), welche auf Kreta stationirt waren, sind gestern und vorgestern in Alexandrien angekommen.

Tagesneuigkeiten.

(Petition der Telegraphenbeamten.) Die in Wien bediensteten Subaltern-Beamten der k. k. Staats-Telegraphen-Anstalt haben durch Freiherrn von Tinti dem Abgeordnetenhanse eine Petition wegen Erwirkung eines Gehaltszuschusses für die Dauer der in Wien herrschenden Theuerung überreicht.

(Der Verwaltungsrath der Südbahn-Gesellschaft) hat in seiner vorgestrigen Sitzung den sämtlichen Bediensteten der Südbahn bis zum Jahresgehalte von 840 fl. einen Theuerungsbeitrag für die Wintermonate in der Summe von circa 60.000 fl. bewilligt, und zwar bekommen die Bediensteten bis zum Jahresgehalte von 540 fl. 8 pCt. und jene bis 840 fl. 5 pCt. als Theuerungsbeitrag. Außerdem bekommt jeder Familienvater, welcher mehr als 2 Kinder hat, monatlich 1 fl. per Kind. Die Anzahl der in dieser Weise unterstützten Familien beläuft sich auf circa 2000.

(Troll's Transportirung in die Straf-anstalt Karthaus.) Der Raubmörder Troll ist Sonntag um 6 Uhr Abends unter starker Bedeckung nach Karthaus transportirt worden. Er hatte Ketten an den Händen. Als er zum Hauptthore des Landesgerichtes hinausgeführt wurde, gab er mit lauten Worten die Freude zu erkennen, daß er die Stadt Wien wieder sehe, frische Luft einathme und aus dem Criminalgebäude befreit wurde. Er bedauerte den Ausgang des Schicksals der Petersilla nicht abwarten zu können und hat wiederholt Verwünschungen gegen sie ausgesprochen. Im Bahnhofe sagte er: „Im Karthaus ist's mit mir aus, d'rum Adieu, Du schönes Wien!“

(Vorbereitungen zum deutschen Schützen-tage.) Auf Einladung des Gemeinderathes Dr. E. Kopp, Mitgliedes des Vorstandes des deutschen Schützertages, ver-

sammelte sich verflorenen Montag Abends 6 Uhr im Magistrat-Sitzungs-Saale am Wiener Rathhause ein Kreis von ungefähr 30 Männern aus den verschiedensten Ständen, um die ersten Vorbereitungen zu dem im nächsten Jahre in Wien abzubaltenden Schützen-tage zu treffen. Dr. Kopp eröffnete die Versammlung mit einem Rückblicke auf die Verhandlungen seit dem Beschlusse der Bremer Versammlung, in Wien das nächste Schützenfest abzuhalten. Wir heben daraus hervor, daß Se. Excellenz der Herr Reichskanzler Freiherr v. Beust gegenüber einer Deputation, die Wichtigkeit dieses Festes vollkommen würdigend, erklärte, daß Se. Majestät der Kaiser principiell die Abhaltung des nächsten deutschen Schützenfestes in Wien zu genehmigen geruht haben, und daß als geeignetster Festplatz der Prater erkannt wurde. Auf Vorschlag des Gemeinderathes Dr. Kopp bildete hierauf die Versammlung ein provisorisches Centralcomité, bestehend aus folgenden sieben Mitgliedern: Dr. E. Kopp, Ritter v. Maurer, Jägermayer, Studel, Dr. Schrank, Oberbaurath F. Schmidt und Angerer, dann ein Preshcomité, bestehend aus den Herren Etienne, Friedländer, Nordmann und Dr. Hoffer, ein Finanzcomité, bestehend aus den Gemeinderäthen Pollak und Frankl, G. Springer, Dumba und Zinner, und ein Baucomité, bestehend aus den Herren Oberbaurath Schmidt, Lenz, Stach, Melingo und Hefele.

(Cholera.) In Triest vom 7. bis 8. d. M. 4 Erkrankungen in der Stadt (P. Pescheria, Via Nuova, Farneto, St. Lucia), 2 in den Vorstädten (Guardiella) 1 im Territorium (Barcola), im Ganzen 7; 1 Genas, 2 starben, 33 in Behandlung. Beim Militär keine Aenderung.

(Der Kampf um den Ruhm Newtons.) Wie bekannt, hat N. Michel Charles, der französische Mathematiker, auf Grund mehrerer in seinem Besitze befindlichen, angeblich eigenhändigen Briefe Newtons und mehrerer von dessen Zeitgenossen die überraschende Behauptung aufgestellt, daß Pascal und nicht Newton das Geheiß der Schwerkraft entdeckt, daß Newton sich überhaupt viel mit französischen Federn geschmückt habe. Nun sind jene angeblichen Briefe zwar von französischen Gelehrten selber sofort als arge, mitunter recht plumpe Fälschungen erkannt worden, so daß Newtons Ehre auch auf französischem Boden als geborgen betrachtet werden durfte, aber damit sind seine Landsleute nicht zufrieden. Nachdem ihnen Bacon erst vor kurzem von Deutschland aus verunglimpft worden, sind sie um so hitziger für den Ruf des großen Newton einzustehen und bringen wiederholt eine Menge schlagender Beweise, daß jene Briefe im Besitze des französischen Mathematikers gewissenlose Fälschungen sind. Ueberzeugend wie sie sind, ist es doch nicht nothwendig, hier näher auf sie einzugehen, nachdem die Fälschung schon durch französische Gelehrte, die ihren Pascal gewiß nicht in den Schatten stellen wollen, bloßgelegt worden ist.

(Der Tod einer Tochter Cooks), der nach den öffentlichen Blättern vor kurzem bei Colchester stattgefunden haben sollte, wird in einer an die „Times“ gerichteten Zuschrift bestritten. Cook habe erst im Jahre 1764 geheiratet, folglich könne die im Alter von 104 Jahren verstorbene Dame nicht seine legitime Tochter sein, und daß er eine illegitime besessen habe, sei noch zu beweisen. Während ihrer Lebzeiten sei auch nie in Colchester davon gesprochen worden, daß sie Cooks Kind sei, wohl aber die Tochter eines Seeführers, der die Cook'sche Expedition mitgemacht hatte.

Locales.

(Unser Landsmann Herr Leopold Korde sch) hatte aus Anlaß des Aufenthaltes Sr. Majestät des Kaisers Napoleon in Oesterreich ein Huldigungsgeicht an Höchstenselben gerichtet. Vorgestern Nachmittag erhielt Herr Korde sch aus Paris nachstehendes Schreiben:

Cabinet de Palais des Tuileries, le 5 Octobre 1867. l'Empereur.

Monsieur!

L'Empereur a bien voulu accepter la pièce de vers que vous Lui avez adressée à l'occasion de Son voyage en Autriche. Sa Majesté m'a chargé de vous remercier en Son nom.

Recevez, Monsieur, l'assurance de ma consideration distinguée.

Pour le Conseiller d'Etat Secrétaire de l'Empereur, Chef du Cabinet et par autorisation

Le Sous-Chef:

Sacaler m/p.

Monsieur Korde sch.

Cabinet des Tuileriespalast, am 5. October 1867. Kaisers.

Mein Herr!

Der Kaiser hat geruht das Gedicht entgegenzunehmen, welches Sie demselben aus Anlaß seiner Reise nach Oesterreich gewidmet haben. Se. Majestät hat mich beauftragt, Ihnen hiefür in seinem Namen zu danken.

Empfangen Sie, mein Herr, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Für den Staatsrath und Secretär des Kaisers der Cabinets-Chef und durch Ermächtigung der Sous-Chef:

Sacaler m/p.

Herrn Korde sch.

(Die Prüfungen an der thierärztlichen Schule) haben fast durchgehends ein gutes Resultat geliefert. Einige Zöglinge haben sich aber besonders ausgezeichnet und zwar so, daß die Direction der Schule sie zur

Aushilfe in der Thierheilkunde und als Fleischbeschauer zu empfehlen erachtet. Diese sind: Anton Setinec aus St. Leonhard bei Rann in Steiermark, Johann Koser aus St. Georgen bei Marburg und Ferdinand Pos aus Trisail in Steiermark.

(Secularfeier der k. k. krainischen Landwirtschaftsgesellschaft.) Im Inzeratentheile unseres heutigen Blattes finden unsere Leser das Programm dieser Feier, welche ohne Zweifel im ganzen Lande großer Theilnahme begegnen wird.

(Unser Landsmann Herr Stare) kommt als Lehrer der Geschichte an das Gymnasium in Esseg.

(Theater für Zauberei.) Heute schließt Herr Professor St. Roman seine Vorstellungen im landtschaftl. Redoutensaal und es läßt sich auch von dieser Production ein günstiges Resultat erwarten. Roman hat das Gute an sich, daß er das Publicum durch heiteren Vortrag und höchst amüsante Kunststücke zu fesseln vermag, und wer ihn einmal gesehen, den „Zauberer“ Roman gewiß wieder in die nächste Vorstellung. Wie wir hören, folgt der Künstler einer Einladung nach Agram, um daselbst im Nationaltheater noch zwei mal aufzutreten. Auch das dortige Publicum verließ an drei Abenden höchst befriedigt den Schauspiel.

(Theater.) Die gestrige Aufführung der Oper „Bellis“ war gut besucht. Dieselbe wurde gut aufgenommen, Fr. Unger (Trene) und Herr Ander (Mamir) durch Beifall und Hervorruf ausgezeichnet. Chor und Orchester hielten sich wacker. — Was die für heute angekündigt gewesene Aufführung von Bauernfeld's schnell zu Ruf gelangtem Schauspiel: „Aus der Gesellschaft“ anbelangt, so erfahren wir, daß dieselbe des besseren Einstudirens wegen auf kommenden Samstag verschoben wurde, da der Herr Theaterdirector dieses interessante Stück in würdiger Weise zur Darstellung bringen möchte. Daß Herr Böllner außerdem jedem Wunsche des Publicums gerecht zu werden sich bestrebt, ersehen wir aus der Nachricht, daß in der Person der Frau Klara Borzaga vom großherzoglichen Theater in Braunschweig eine neue Coloratursängerin engagirt wurde, welche im Laufe der kommenden Woche als Isabella in der Oper „Robert der Teufel“ debütiren wird. Auch hören wir, daß Herr Böllner sich bestreben werde, im Interesse der Abonnenten die Opernvorstellungen in Bezug der geraden und ungeraden Tage zu regeln. Somit glauben wir dem Publicum genuehreiche Abende in Aussicht stellen zu können und hoffen, die Bemühungen des Herrn Theaterdirectors durch einen zahlreichen Besuch gelohnt zu sehen.

Neueste Post.

Wien, 9. October. Unterhaus. Ueber die Aufforderung To man's, die Regierung möge offen bekennen, welche Principien sie rücksichtlich der Gestaltung österreichischer Staatsverhältnisse annimmt, ob Centralisation oder Autonomie, erwidert Beust: So als Gegensatz hingestellt, sei die Regierung weder für Centralisation noch für Autonomie. Wenn wir Centralisation hätten, gebe es keine Landtage. Das Delegationsgesetz werde den Ansprüchen der einzelnen Länder vollständig gerecht. Die Regierung ist für billige Autonomieansprüche, kann sich aber nicht zu einem Systeme bekennen, welches die Autonomie über die Reichseinheit stellt. Mühlfeld beantragt ein Gesetz, wonach das Concordat seinem ganzen Umfange nach aufgehoben wird und die vor dem Concordat bestandenen Gesetze in Wirksamkeit treten, sowie eine Revision dieser Gesetze nach den Principien der Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. Der Antrag wird zahlreich unterstützt. Der Antrag auf Niedersezung eines vierundzwanziggliedrigen Ausschusses für das Ausgleichelaborat wird angenommen. Fortsetzung der Verathung über allgemeine Staatsbürgerrechte. Berichterstatter Sturm bekämpft unter Beifall die Minoritätsansichten. Bei der Specialdebatte werden die ersten 3 Artikel angenommen.

Wien, 8. October. Von Sr. Excellenz dem Herrn Reichskanzler wurden gestern dem Abgeordnetenhanse drei Gesetzentwürfe — erstlich ein Gesetz die Beitragsleistung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu den gemeinsamen Angelegenheiten betreffend, dann ein Gesetz in Bezug auf die allgemeine Staatsschuld, endlich ein Gesetz über den Abschluß des Zoll- und Handelsbündnisses zwischen den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern mit den Ländern der ungarischen Krone vorgelegt.

Telegramme.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 9. October. Die ganze Linke und das Centrum unterstützten Mühlfeld's Antrag auf Aufhebung des Concordats. Kaiser Maximilians Leiche wurde nach Mexico gebracht und bisher noch nicht Tegetthoff übergeben.

Pest, 8. October. In der heutigen Sitzung der Deputirten-tafel wurde nebst dem Gesetzentwurf bezüglich des Eisenbahnanlehens auch der Bericht der in dieser Angelegenheit entsendeten Commission vorgelegt. Dieselbe empfiehlt dem Hause den Gesetzentwurf zur Annahme. Dieser wird für künftigen Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt. Edmund Kallay, das

bekanntes Mitglied der äußersten Linken, hat sein Mandat niedergelegt.

Agram, 8. October. (Pr.) „Katholische List“, das Organ des Cardinal-Erzbischofs Haulik, behauptet, daß der ungarische Bischof Horvath zum Administrator des Agramer Erzbisthums ernannt wurde.

Judenburg, 8. October. Die hiesige Gemeindevertretung hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, eine Petition an das Abgeordnetenhaus um gänzliche Aufhebung des Concordates zu richten.

Billach, 8. October. (R. Z.) Die Vertretung der hiesigen Stadtgemeinde hat soeben den einhelligen Beschluß gefaßt, um Aufhebung des Concordats an das Abgeordnetenhaus zu petitioniren.

Berlin, 8. October. (Reichstagsitzung.) Schulze-Delitzsch interpellirt, ob der Bundeskanzler Schritte gethan habe zur Beseitigung der mecklenburgischen und lauenburgischen Transitzölle.

Berlin, 8. October. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vernimmt: Preußen lud Baiern, Württemberg, Luxemburg und Oesterreich ein, eine in Berlin abzuhaltende Postconferenz zu beschicken.

München, 8. October. (Kammeritzung.) Der Justizminister legte einen Gesetzentwurf, die Aufhebung der Zinsbeschränkung bezweckend, vor.

Paris, 8. October. (Br. Tzbl.) Fürst von Latouche d'Auvergne soll eine Specialmission nach Rom erhalten haben. — Ritter v. Nigra ist gestern wieder nach Biarritz zurückgekehrt, unmittelbar von Florenz kommend.

jetzt wie früher der Ansicht, daß ein Verfassungsbündniß der süddeutschen Staaten unter österreichischer Führung nicht möglich ist, hiebei will ich nicht anstehen zu erklären, daß Baiern weder von Oesterreich noch von Frankreich in dieser Richtung irgend welche Andeutungen oder Vorschläge gemacht worden sind.

Köln, 8. October. (N. Fr. Pr.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Paris gemeldet: Prinz Napoleon ist auf die Kunde von der herrschenden Beunruhigung von Havre hierher geeilt und richtete einen Brief an den Kaiser, worin er die Stimmung der Hauptstadt beleuchtet und die Richte in Mischungspolitik, sowie die Verwirklichung der Verheißungen vom 19ten Januar befürwortet.

Paris, 8. October. (Br. Tzbl.) Fürst von Latouche d'Auvergne soll eine Specialmission nach Rom erhalten haben. — Ritter v. Nigra ist gestern wieder nach Biarritz zurückgekehrt, unmittelbar von Florenz kommend.

Paris, 8. October. (N. Fr. Pr.) Man versichert, Fleury habe, von Deutschland zurückgekommen, in Biarritz jenen Versuch, der deutschen Einheitsbewegung in den Weg zu treten, widerrathen, was maßgebenden Orts tiefen Eindruck gemacht hätte.

Paris, 8. October. Die Minister Marquis de Lavalette und Rouher sind hieher zurückgekehrt. — Ein officielles Telegramm aus Tunis meldet, daß der Prinz, welcher sich der Rebellion angeschlossen, verhaftet und der Anstand beendet sei.

New-York, 26. September. Grant hat den General Thomas beauftragt, in Nashville nicht zu interveniren. — Sheridan wurde in Baltimore und Philadelphia mit Enthusiasmus empfangen.

Telegraphische Wechselcourse

5perc. Metalliques 55.10. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 57.90. — 5perc. National Anlehen 64.80. — Bankactien 680. — Creditactien 174.20. — 1860er Staatsanlehen 81.50. — Silber 122. — London 124.60. — R. f. Ducaten 5.97.

Geschäfts-Zeitung.

Getreidegeschäft. — Petroleum und Spirituosen. Aus Paris wird geschrieben: In der ersten Hälfte des Monats September waren in Paris die Getreide- und Mehlpreise zu einer

solchen Höhe gestiegen, daß es nicht an bedrohlichen Zeichen der Mißstimmung in den unteren Volksschichten fehlte. In Folge der Befreiung von den Fesseln, welche früher so schwer auf dem Kornhandel lasteten, kündigen sich aus allen Theilen der Erde Zufuhren an, welche die Weizen- und Mehlpreise bedeutend herabgedrückt haben.

Laibach, 9. October. Auf dem heutigen Marke sind erschienen: 8 Wagen mit Getreide und 5 Wagen mit Holz.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, Item, Unit, Price. Lists various goods like Weizen, Korn, Gerste, Safer, Halbfucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Rinsen, Erbsen, Kirschen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, Butter, Eier, Milch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpfenfleisch, Hühner, Enten, Gänse, Holz, etc.

Angelkommene Fremde.

Am 8. October. Stadt Wien. Herr Kober, Kaufm., von Wien. — Frau Baronin v. Leuzendorf, Oberstlieutenantswitwe, von Baden. — Oberhaupt, die Herren: Dorizio, Privatier, und Verbeis, f. f. Oberlieutenant, von Triest. — Schontal, f. f. Seecapitän, von Pola. — Dr. Koscher, von Wippach. — v. Rupprecht, f. f. R.M., von Graz.

Lottoziehung vom 9. October.

Wien: 44 48 85 1 20. Graz: 79 74 78 48 7.

Theater.

Heute Donnerstag: Hofe und Köschen. Schauspiel in 4 Acten von Birch-Pfeiffer.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Date, Time, Barometer, Wind, Clouds, Temperature, etc. Shows weather data for October 9th and 10th.

Börsenbericht. Wien, 8. October. Die Course waren etwas steifer, namentlich jene der zinstragenden Staatsfonds und Lose. Devisen und Valuten wurden billiger abgegeben.

Öffentliche Schuld.

Table with 3 columns: Description, Amount, etc. Lists public debt items like A. des Staates, B. der Kronländer, etc.

Table with 4 columns: Name, Amount, etc. Lists various banks and financial institutions like Nationalbank, Credit-Anstalt, etc.

Table with 4 columns: Name, Amount, etc. Lists exchange rates and gold prices for various locations like Augsburg, Frankfurt, etc.